

## 1. September Rede

Liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Freundinnen und Freunde,

heute ist der 1. September – Antikriegstag. Ein Tag, an dem wir gemeinsam an den Überfall des deutschen Reichs auf Polen 1939 erinnern, an den Beginn des Zweiten Weltkriegs. Ein Tag, an dem wir klar und deutlich sagen: Nie wieder Krieg! Nie wieder Faschismus!

Und doch – so sehr wir diesen Schwur von Buchenwald hochhalten – immer mehr junge Menschen in diesem Land haben wieder Angst vor Krieg und Faschismus. Und diese Angst ist leider berechtigt.

Die Rufe nach Aufrüstung und Wehrpflicht werden wieder lauter. Jetzt soll es „notwendig“ sein, dass junge Menschen ein halbes Jahr in Kasernen verbringen – um das Schießen zu lernen und Gehorsam zu üben. Das alles will man in einem neuen Wehrdienstgesetz verankern. Erst freiwillig – aber wenn das nicht reicht, dann eben mit Zwang. Das Ausfüllen von Fragebögen und die Musterung sollen auch jetzt schon für Männer verpflichtend werden. Um gut vorbereitet zu sein, wenn es richtig los geht.

Und damit nicht genug: Um diesen freiwilligen Wehrdienst attraktiv zu machen, sollen Jugendliche mit über 2.000 Euro im Monat geködert werden – ein scheinbar gutes Angebot, wenn man bedenkt, wie hoch die Armutsquote unter jungen Menschen ist. Das ist ein vergiftetes Angebot, dass auf die Perspektivlosigkeit junger Menschen spekuliert. Ein Rückblick auf die letzte Tarifrunde im öffentlichen Dienst, macht dieses Angebot noch erschreckender. Wir brauchten mehrere Verhandlungsrunden und Jugendstreiktage, um eine Erhöhung der Ausbildungsvergütung zu erkämpfen. Natürlich liegt diese im öffentlichen Dienst immer noch weit unter dem, was jetzt bei der Bundeswehr jungen Leuten angeboten wird. Die Prioritäten dieser Regierungen werden somit deutlich. Während viele Azubis im öffentlichen Dienst nicht wissen, wie sie ihre Miete bezahlen sollen, werden junge Menschen mit 2000€ monatlich zur Bundeswehr gelockt.

Fast jeder dritte verlässt die Bundeswehr während der Probezeit. Und schauen wir doch hin, wie es bei diesem Arbeitgeber aussieht: Immer wieder berichten Wehrbeauftragte von faschistischen Netzwerken in der Truppe, von Sexismus, Rassismus, Mobbing, Gewalt durch Vorgesetzte. Und trotz angeblicher Reformen nehmen diese Vorfälle zu – nicht ab!

Auch wenn es bei der Bundeswehr gewerkschaftlich organisierte KollegInnen gibt, die sich für eine andere Bundeswehr einsetzen:

Das ist kein Ort für die Entwicklung junger Menschen zu kritischem Denken.

Das ist ein Ort, an dem man uns umerziehen will.

Statt zu lernen, für unsere Interessen einzustehen, sollen wir lernen zu gehorchen.

Statt Friedensbildung: Indoktrination mit militärischen Logiken.

Statt Emanzipation: Uniformierung.

Und ja, all das geschieht vor dem Hintergrund der wachsenden Gefahr eines Weltkriegs. Man redet davon, dass „wir bereit sein müssen“, dass wir uns verteidigen müssen gegen Russland.

Aber eine Studie von Greenpeace zeigt: Eine reale Bedrohung durch Russland besteht nicht. Denn um einen Angriffskrieg zu gewinnen, braucht es eine dreifache Überlegenheit in allen militärischen Bereichen. Die hat aber in vielen Bereichen eher die NATO gegenüber Russland – auch ohne die USA – und nicht andersrum. Die militärischen Kapazitäten der Nato übertreffen die Russlands in nahezu allen Aspekten. Die NATO-Staaten geben etwa zehnmal mehr für Militär und Rüstung aus als Russland. Auch ohne die USA bleibt die Nato finanziell überlegen. Die europäischen NATO-Staaten ohne die USA haben doppelt so viele Kampfflugzeuge wie Russland, mit den USA hat die NATO fünfmal so viele. Die europäischen NATO-Staaten haben dreimal so viele Panzer wie Russland. Die NATO hat auch dreimal so viele Soldaten.

Und dann stellt sich die Frage:

Geht es wirklich um Sicherheit? Oder geht es um deutsche Interessen - in dem Fall die Interessen deutscher Großkonzerne - , wie sie in Publikationen des Außenministeriums benannt werden: um Rohstoffe, um Absatzmärkte und Handelswege? Geht es darum, dass deutsche Großkonzerne immer mehr Einfluss in der Welt verlieren gegen Konkurrenten aus Russland und China?

Während Rheinmetall, KNDS und Co Rekordgewinne feiern, kämpfen wir mit steigenden Mieten, immer weniger Ausbildungsplätzen, Bildungs- und Sozialabbau.

Sollen wir dieser Regierung vertrauen, dass es bei der Aufrüstung um unsere Sicherheit geht, wenn sie gleichzeitig an allen Stellen unsere Interessen mit Füßen tritt: Asylgesetze verschärft, Bürgergeldempfänger stigmatisiert, den 8-Stunden-Tag und die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall angreift und soziale Sicherheiten abbaut?

Ich sage: Nein.

Ich sage: Wir müssen uns wehren, laut bleiben und noch lauter werden.

Auf der Grundlage altbewährter gewerkschaftlicher Grundsätze:

Geld für Bildung und Soziales statt für Rüstung! Verhandeln statt schießen!

Nein zur Wehrpflicht! Verweigern statt marschieren